

HTW Berlin · Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte · 10313 Berlin

An die Mitglieder der Hochschulleitung, des Akademischen Senats, der Fachbereichsräte sowie des Kuratoriums; an die Dekan*innen

Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte

Dr. Ulrike Richter
Dr. Jette Hausotter
Noreen Rumschüssel

7. März 2025

Wir haben viel zu verlieren – Hochschuldemokratie absichern!

*Gleichstellungs- und diversitätspolitisches Positionspapier zum Internationalen Frauen*tag*

Neben Lehre und Forschung ist die zentrale Aufgabe der Hochschule, den demokratischen und sozialen Rechtsstaat zu erhalten. Deshalb verwalten wir uns als HTW Berlin demokratisch, wie im Berliner Hochschulgesetz vorgeschrieben. Mitbestimmung am Studien- und Arbeitsplatz ist wichtig, sie stärkt demokratische Einstellungen und verringert die Wahrscheinlichkeit, dass Menschen rechtsextreme, antidemokratische und menschenfeindliche Positionen vertreten¹.

In den aktuellen Kürzungsdebatten wird bislang kaum thematisiert, wie unsere Mitbestimmung an der HTW Berlin abgesichert werden kann. Dabei ist klar, Mitbestimmung und demokratisches Engagement kosten Zeit und Ressourcen: Freistellungen oder Aufstockungen für Ämter, Gremiensitzungen inklusive Vor- und Nachbereitungszeit oder Mitarbeit, z.B. im Personalrat und in Kommissionen. **Damit wird Zeit zu einem politischen Gut.** Bereits jetzt können wir an der HTW Berlin das Engagement in der Selbstverwaltung nicht ausreichend kompensieren. Weitere Arbeitsverdichtung aufgrund weggekürzter Stellen und fehlender Mittel könnte unsere Beteiligung schwächen und der Hochschule als demokratisch verfasster Institution schaden. **Zeitarmut hält Menschen besonders wirksam von demokratischem Engagement fern.** Einige Gruppen, insbesondere Eltern, Alleinerziehende, Pflegende, chronisch Kranke, Behinderte oder Menschen mit zusätzlichen Jobs haben bereits jetzt oft so gut wie keine oder deutlich weniger Zeit für demokratisches Engagement in den Gremien und Ämtern der Hochschule. Das verzerrt, welche Anliegen dort gehört und für wen Hochschulpolitik gemacht wird. Demokratie ist nur dann lebendig, wehrhaft und inklusiv, wenn alle an ihr mitwirken können und alle Anliegen angemessen repräsentiert werden.



¹ Kiess, J./Wesser-Saalfrank, A./Bose, S./Schmidt, A./Brähler, E./Decker, O. (2023): Arbeitswelt und Demokratie in Ostdeutschland. Erlebte Handlungsfähigkeit im Betrieb und (anti)demokratische Einstellungen. Otto-Brenner-Stiftung: OBS-Arbeitspapier 64, Dezember 2023, Frankfurt a.M.

Frauen sind an der HTW Berlin durch ihre Unterrepräsentanz in vielen Bereichen besonders durch Gremienarbeit belastet. Die Problematik greifen wir in unserem Gleichstellungskonzept 2025-2029 auf und schlagen Handlungsmöglichkeiten zur Verbesserung vor. **Gleichzeitig gibt es an der HTW Berlin bereits eine gute Praxis, die erhalten werden muss:** Freistellungen für Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte werden gemäß BerlHG § 59 gewährt, Stundenaufstockungen und Umschichtungen der freiwerdenden Stellenanteile vorgenommen. Zudem wurde aktuell die LVVO novelliert, sodass Frauen nun bei besonders hoher Gremienbelastung eine Reduktion ihrer Lehrverpflichtung erhalten können.

Neue Aufgaben und eine definierte Verantwortung haben die Hochschulen mit der Novelle des Berliner Hochschulgesetzes 2021 in den Bereichen **Antidiskriminierung und Diversitätsförderung** erhalten. Den Auf- und Ausbau der Melde- und Beschwerdestrukturen, des Monitorings und der Förderangebote für benachteiligte und unterrepräsentierte Gruppen kann die HTW Berlin nur zum Teil mit hauptamtlichem Personal bewerkstelligen. Zusätzlich ist das Engagement zahlreicher weiterer Personen nötig, z.B. Ansprechpersonen, Vertrauenssteam und Antidiskriminierungsrat. Auch hier sind flexible Modelle der Aufstockung oder Reduzierung von Arbeitszeit und der Umschichtung von Aufgaben elementare Voraussetzung. Das demokratische Engagement von Hochschulangehörigen darf nicht zu einer Mehrbelastung ihrer unmittelbaren Kolleg*innen oder dazu führen, dass die Engagierten mit der Bewältigung ihres unverändert hohen Workloads im Tagesgeschäft allein gelassen werden.

Um nachhaltige und gerechte Lösungen zu finden, fordern wir, dass dies bei der Umsetzung der Sparvorgaben mitbedacht und bei den Kürzungsverhandlungen auf Landesebene vorgetragen wird.

Die Freistellungs- und Kompensationsregelungen müssen erhalten bleiben, um allen Gruppen unserer Hochschule Zeit für demokratisches Engagement und „gesellschaftliche Sorgearbeit“ zu geben. Einen Rückschritt hinter das bereits Erreichte für die Mitbestimmung an der HTW Berlin aufgrund des Sparzwangs können wir nicht akzeptieren.

Die genannten Aufgaben im Kontext der Akademischen Selbstverwaltung, der Gleichstellungs- wie Antidiskriminierungsarbeit sowie von „#HTWwelcome“ müssen bei den Umstrukturierungen von Arbeitsbereichen durchgängig und systematisch berücksichtigt werden; sie machen ebenso wie Lehre und Forschung das Kerngeschäft der Hochschule aus.

Wir alle sind HTW Berlin, gestalten die gleichstellungsstarke und vielfältige Hochschule und tragen zu ihrem Erfolg bei – auch in Zukunft!

Dr. Ulrike Richter (Hauptberufliche Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte)
Dr. Jette Hausotter (1. Stellvertreterin)
Noreen Rumschüssel (2. Stellvertreterin)